

Westdeutscher Linksextremismus nach dem KPD-Verbot

Von Udo Baron

Schon in den 1950 Jahren wurde die bedeutendste Parteiorganisation der radikalen Linken, die sowjetisch geprägte „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD), im Rahmen eines Parteiverbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht verboten. Der politische Extremismus von links war damit freilich nicht aus der Welt. Im Gegenteil: Nachfolgeorganisationen wie die „Deutsche Friedens-Union“ und die „Deutsche Kommunistische Partei“ konnten unter den Deckmänteln „Frieden statt Aufrüstung“ oder „Neutralität statt Westintegration“ einen größeren politischen Einfluss geltend machen, als ihre dürftigen Wahlergebnisse vermuten lassen.

1. Einleitung

Am 17. August 1956 verbot das Bundesverfassungsgericht die „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD) und alle Ersatzorganisationen mit der Begründung der ideologischen Unvereinbarkeit zwischen den Lehren der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats mit den Grundwerten und Normen einer parlamentarischen und pluralistischen Demokratie. Zugleich sahen die obersten Richter in den zahlreichen schriftlichen und mündlichen Äußerungen der führenden KPD-Funktionäre ausreichenden Anlass für die Annahme, dass die KPD aktiv auf den Sturz der demokratisch legitimierten Adenauer-Regierung hinarbeiten würde.¹ Die Entscheidung des höchstens deutschen Gerichts bedeutete eine Zäsur für den bundesrepublikanischen Linksextremismus im Allgemeinen und für die sich an der Sowjetunion orientierenden orthodoxen Marxisten-Leninisten der KPD im Besonderen. War die KPD bis 1953 im Deutschen Bundestag und in zahlreichen westdeutschen Landesparlamenten vertreten, so führte ihre Zwangsauflösung nicht nur zum Entzug aller politischen Mandate, sondern zunächst auch zu einem faktischen Betätigungsverbot. Das Verbot der KPD bedeutete aber nicht das Ende des Linksextremismus in der Bundesrepublik, weder in seiner parlaments- noch in seiner aktionsorientierten Form. Wie aber haben die orthodoxen Kommunisten auf

¹ Vgl. Heike Amos/Manfred Wilke, Die Deutschlandpolitik der SED und ihre „bürgerlichen Bündnispartner“ in der Bundesrepublik 1949 bis 1989, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2010, hrsg. v. Ulrich Mählert u.a, Berlin 2010, S. 49-66, S.50. So beschloss die KPD auf ihrem Münchener Parteitag, der 1951 in Weimar stattfand, die „sozialen und psychologischen Voraussetzungen für den Sturz der volksfeindlichen Adenauer-Regierung“ schaffen zu wollen.

das KPD-Verbot reagiert? Wie haben sie sich seit 1956 organisiert? Mit welcher Strategie versuchten sie welche Ziele zu erreichen? Wer leitete sie an und finanzierte sie? Welche Erfolge erzielten sie bis zur deutschen Einheit 1990? Am Beispiel des sich an der Sowjetunion nach 1956 orientierenden Linksextremismus marxistisch-leninistischer Prägung versucht dieser Aufsatz im folgenden Antworten auf die eingangs formulierten Fragen zu finden.

2. Kommunistische Bündnis- und Kampagnenpolitik

Um auch nach dem Verbot der KPD Einfluss auf die Entwicklung der Bundesrepublik nehmen zu können, suchten die westdeutschen Kommunisten mit Hilfe der aus der DDR agierenden illegalen KPD und der sie stützenden SED einerseits nach Wegen zur Relegalisierung der KPD in der Bundesrepublik, andererseits gründeten sie Personenbündnisse, deren kommunistischer Hintergrund nicht sofort ins Auge fallen sollte, um so möglichst unerkannt wirken zu können. Dabei setzten sie auf ein besonderes Instrument linksextremistischer Einflussnahme: die Bündnis- und Kampagnenpolitik.

Die **Bündnispolitik** gehörte zu den zentralen Bestandteilen kommunistischer Vorgehensweise. Immer wieder nutzten Kommunisten die Möglichkeit von Protesten gegen die westliche Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik, um nichtkommunistische Parteien und außerparlamentarische Bewegungen so für ihre gegen das westliche Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell gerichteten Interessen zu instrumentalisieren.

Zurück geht diese Strategie auf den Gründer der Sowjetunion, Wladimir Iljitsch Uljanow, genannt Lenin. In seiner Abhandlung über den „linken Radikalismus“ aus dem Jahre 1920 erläutert er die Notwendigkeit von Bündnissen unter taktischen Gesichtspunkten für die Auseinandersetzung mit dem Klassenfeind.² Ausgerichtet war sie auf ein zeitlich und thematisch begrenztes Ziel und schloss alle Maßnahmen und Methoden ein, um sich an demokratische Organisationen sowie deren Aktionen und Forderungen anzuschließen.

Von 1921 an bildete die von der Kommunistischen Internationalen (Komintern) propagierte „Arbeitereinheitsfront“, d.h. die politische Aktionseinheit aller Arbeiter,

² Wladimir Iljitsch Lenin, Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: ders., Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Band II, Berlin (Ost) 1989, S. 299-400, S. 378.

einschließlich der sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten, die zentrale bündnispolitische Linie. Im Sommer 1935 kam mit der vom VII. Kongress der Komintern zur offiziellen Bündnispolitik erklärten Volksfrontpolitik gegen den Faschismus eine zweite Linie hinzu: Im Kampf gegen den Faschismus rückten über alle Klassengrenzen hinweg auch Christen, Liberale und Pazifisten ins Blickfeld der kommunistischen Interessen. Mit dem Heraufziehen des Kalten Krieges nach dem Ende des II. Weltkrieges löste eine modifizierte Volksfrontstrategie, nunmehr als Zusammenschluss aller „antimonopolistischen Kräfte“, die bisherige bündnispolitische Linie ab.³

Um Bündnisse nicht a priori als kommunistisch gelenkt erscheinen zu lassen, verzichteten die Kommunisten bei diesen Kooperationen nicht nur auf die Besetzung von Schlüsselpositionen mit bekennenden Kommunisten, sondern auch auf eine allzu offensichtliche marxistisch-leninistische Rhetorik. Vielmehr versteckten sie ihre eigentlichen Ziele hinter populären Forderungen und konzentrierten sich auf die verdeckte Kontrolle solcher Zusammenschlüsse. Sie erhoben Forderungen, denen auch Demokraten zustimmen konnten und übernahmen deren politische Vorstellungen, soweit sie mit ihren Nahzielen vereinbar waren.⁴ So entstanden Aktionsbündnisse, die auf einen von den Kommunisten formulierten kleinsten gemeinsamen Nenner, dem so genannten Minimalkonsens, beruhten. Gemeinsame Aktionen bedeuteten aber keinen Verzicht auf die ideologischen Gegensätze und Auseinandersetzungen mit den Bündnispartnern. Diese wurden weitergeführt, schon allein um Weltbilder zu setzen und Trennlinien zu formulieren wie „Kommunismus gleich Frieden“ und „USA gleich Krieg“.⁵

Zentrales Instrumentarium kommunistischer Bündnispolitik war die Kampagne. Sie diente als strategisches Mittel zur Beeinflussung des Meinungs- und Willensbildungsprozess nichtkommunistischer Gesellschaften. Um ihre Kampagnen zum Erfolg zu führen, bedurfte es politischer Bündnisse und in diesen einer gezielten Personalpolitik, der so genannten Kaderpolitik. Verlässliche Kader mussten als Kampagnenmanager an den organisatorischen Schaltstellen erfolgreich platziert werden, ohne dass ihr kommunistischer Hintergrund allzu offensichtlich war.

³ Vgl. Wolfgang Rudzio, Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1988, S. 10ff.

⁴ Vgl. Bundesminister des Inneren (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1983, S. 49.

⁵ Vgl. Udo Baron, Das KOFAZ, die „Grünen“ und die DKP in der Friedenskampagne, in: Die verführte Friedensbewegung. Der Einfluss des Ostens auf die Nachrüstungsdebatte, hrsg. v. Jürgen Maruhn und Manfred Wilke, München 2002, S. 67-96, S. S. 69ff.

Zahlreiche Kampagnen, beispielsweise gegen die Notgesetzgebung Ende der 1960er Jahre oder gegen die so genannten „Berufsverbote“, dienten zum einen der Bekämpfung des Antikommunismus in Westdeutschland und zum anderen dem Versuch, einen Anti-Anti-Kommunismus zu etablieren.

Zum zentralen Kampagnenthema kommunistischer Bündnispolitik entwickelte sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges der „Friedenskampf“. Unter dem Eindruck der gegenseitigen atomaren Vernichtung wandte sich die Sowjetunion ab Mitte der 1950er Jahre von dem Glauben an die Unausweichlichkeit von Kriegen zur Durchsetzung des Sozialismus ab und unter der Bezeichnung „friedliche Koexistenz“ einer begrenzten Kooperation mit dem Westen zu. Die friedliche Koexistenz ging weiterhin von einem Nebeneinanderbestehen antagonistischer Gesellschaftssysteme in der Übergangsphase vom Kapitalismus zum Sozialismus aus und lieferte den konzeptionellen Rahmen für die sowjetische Entspannungspolitik. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Klassenfeind bedeutete aber nicht den Verzicht auf den Klassenkampf. Friedliche Koexistenz und Entspannungspolitik verstanden sich vielmehr im marxistisch-leninistischen Denken als seine Fortsetzung unter Vermeidung eines Krieges.⁶ Somit verfügte die friedliche Koexistenz stets über zwei Gesichter: Ein staatliches, auf Dialog und Kooperation mit dem Westen ausgerichtetes und ein parteiliches, den Klassenkampf im Westen beförderndes Antlitz. Letzteres verkörperte der „Kampf um den Frieden“. Er diente dazu, in den westlichen Ländern breite gesellschaftliche Bündnisse zu schmieden, um mit deren Hilfe eine Massenbewegung gegen die westliche Außen- und Sicherheitspolitik zu formieren.⁷

3. Linksextremismus in Westdeutschland

3.1 Die KPD

Bis zu ihrem Verbot 1956 war die KPD der Hauptakteur des parteipolitisch organisierten Linksextremismus in Westdeutschland. Sie stand für einen Kommunismus sowjetischer Prägung und versuchte, die Interessen der Sowjetunion

⁶ Friedliche Koexistenz, in : Militärlexikon, hrsg. von G. Artl u.a., 2. Auflage Berlin (Ost) 1973, S. 110-111.

⁷ Vgl. Udo Baron; Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei „Die Grünen“ im „Kampf um den Frieden“, Münster-Hamburg-London 2003, S. 19ff.

und ihrer Satelliten in der Bundesrepublik zu popularisieren. In den Anfangsjahren der Bundesrepublik gelang ihr zunächst der Einzug in zahlreiche westdeutsche Landesparlamente, 1949 zog sie sogar in den Deutschen Bundestag ein. Im Flächenland Niedersachsen und im Stadtstaat Bremen gehörte die KPD darüber hinaus bis Ende der 1940er Jahre den jeweiligen Landesregierungen an.⁸ Allen Anstrengungen zum Trotz gelang es der KPD aber nicht, durch Wahlen nachhaltiges politisches Gewicht in der Bundesrepublik zu erringen.

Parallel zu ihren parlamentarischen Bemühungen orientierte sie sich deshalb im Rahmen ihrer Bündnis- und Kampagnenpolitik ab Anfang der 1950er Jahre verstärkt auf außerparlamentarische Aktionen. Um den direkten Einfluss der Marxisten-Leninisten zu kaschieren, gründete die KPD zahlreiche Tarn- und Nebenorganisationen mit dem Ziel, auch bürgerliche und unpolitische Kreise für Einzelanliegen der Kommunisten zu gewinnen.⁹ Zugleich nahm sie gezielt Einfluss auf bereits bestehende Organisationen. So arbeitete das SED-Politbüro ab September 1951 daran, vor allem „bürgerliche Oppositionsgruppen“ mit Politikern der Weimarer Republik in der Bundesrepublik aufzubauen, die die Politik der Westbindung und der Wiederbewaffnung ablehnten.¹⁰

Eine zentrale Rolle in dieser Strategie spielte zunächst der am 10. Mai 1953 vom früheren Reichskanzler Joseph Wirth zusammen mit dem ehemaligen christdemokratischen Bürgermeister von Mönchengladbach, Wilhelm Elfes, gegründete Bund der Deutschen für Einheit, Frieden und Freiheit (BdD). Als Sammelbecken einer bürgerlichen Opposition von Linkskatholiken, ehemaligen Sozialdemokraten, Radikalpazifisten und linksnationalen Neutralisten boten sie mit ihrer demonstrativen Offenheit gegenüber einer Zusammenarbeit mit Kommunisten ein Einfallstor für Linksextremisten. Trotz eines Wahlbündnisses mit der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) des späteren Bundespräsidenten Gustav Heinemann ging ihre Mitgliederzahl von rund 12.000 im Jahre 1955 auf 2000 bis 3000 im Jahre 1965 zurück. Auch die von den Kommunisten erhofften parlamentarischen Erfolge blieben aus. Bei den Bundestagswahlen von 1953

⁸ So war die KPD in Niedersachsen vom 25. November 1946 bis zum 2. Februar 1948 im Kabinett des niedersächsischen Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf (SPD) vertreten. Mit Karl Abel stellte sie im ersten Kabinett Kopf den Minister für Volksgesundheit und Staatswohlfahrt. Nach der niedersächsischen Landtagswahl am 20. April 1947 amtierte Abel im zweiten Kabinett Kopf vom 11. Juni 1947 bis zu seinem Rücktritt am 5. Februar 1948 als Landesminister ohne Geschäftsbereich. Im Senat der Freien Hansestadt Bremen stellte sie mit Käthe Popall (1945–1947) und dem im Mai 1946 zur SPD gewechselten Senator Hermann Wolters (1945–1946) zwei Senatoren.

⁹ Vgl. Wolfgang Buschfort, *Geheime Hüter der Verfassung*, Paderborn 2004, S. 168

erreichte er nur 1,2 Prozent, 1957 waren es sogar nur 0,2 Prozent oder 58.725 abgegebene Stimmen, die auf den BdD entfielen. Der Verdacht, von der SED gesteuert und finanziert zu sein war so offensichtlich, dass der BdD in der Bundesrepublik weder parlamentarisch Fuß noch die bündnispolitischen Ansprüche der Marxisten-Leninisten erfüllen konnte. 1960 ging er der neugegründeten Deutschen Friedens-Union (DFU) auf.¹¹

3.2. Die Deutsche Friedens-Union

Mit dem Verbot der KPD verlor die kommunistische Bündnis- und Kampagnenpolitik in Westdeutschland zwar ihre legale Schaltzentrale. Um aber weiter Einfluss auf die Entwicklung der Bundesrepublik nehmen zu können, versuchten Kommunisten unter Umgehung des Verbotes der Schaffung von Ersatzorganisationen nun verstärkt bereits bestehende Organisationen in zur Zusammenarbeit mit Kommunisten bereite Bündnisorganisationen umzuwandeln bzw. entsprechende gesellschaftlich breit gestreute und nach außen hin unverfänglich erscheinende neue Bündnisse zu schmieden.

Als parteipolitischen Ersatz bis zur Wiedezulassung einer offiziellen kommunistischen Partei in Westdeutschland diente die am 17. Dezember 1960 in Stuttgart gegründete DFU. Hauptziel ihrer Tätigkeit war die „Gewinnung und Aktivierung weiterer Kräfte für den antimonopolistischen, antiimperialistischen Kampf auf der Basis eines breiten Bündnisses.“¹² Als eine Art „Transmissionsriemen“ nahm sie die Interessen der verbotenen KPD bis zur Neugründung einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik Deutschland wahr. Die Zeit war günstig für eine parteipolitische Neugründung, die formell keine kommunistische Partei war, sich aber der Friedensthematik und ihrer sowjetischen Interpretation verpflichtet fühlte und zugleich die Zusammenarbeit mit Kommunisten nicht grundsätzlich ablehnte. Die DFU konnte somit zum Auffangbecken enttäuschter Sozialdemokraten, Pazifisten, Christdemokraten und Kommunisten werden. In ihren Anfangsjahren setzte sie sich

¹⁰ Vgl. Udo Baron (Anm. 7), S. 37ff.

¹¹ Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, vierte völlig überarbeitete und aktualisierte Ausgabe Bonn 1996, S.153. Alexander Gallus, Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945 – 1950, Düsseldorf 2001, S. 253 ff. Zur Person und Rolle Webers im „Friedenskampf“ vgl. die weiteren Ausführungen in Kapitel 3.3. ff.

¹² Karteikarte des Deutschen Friedensrates zur DFU, o. D., Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv (SAPMO B-Arch), DZ 9 470.2444.

aus 17 unterschiedlichen Gruppierungen und Einzelpersonlichkeiten zusammen. Vier Lager kristallisierten sich dabei heraus: sozialdemokratische/sozialistische und gewerkschaftliche Kreise, christliches Milieu, konservative und nationalistische Kräfte sowie Kommunisten.¹³ Das politische Spektrum ihrer Gründungsmitglieder reichte von ehemaligen Christdemokraten wie Werner Elfes vom BdD und dem Mitbegründer der CDU, Karl Graf von Westphalen zu Fürstenberg, über den SPD-Bundestagsabgeordneten Arno Behrisch, den früheren Bundessekretär der „Sozialistischen Jugend Deutschlands `Die Falken“ Lorenz Knorr, dem früheren Gewerkschaftsfunktionär Viktor Agartz, dem Verleger Manfred Pahl-Rugenstein bis zur Professorin Renate Riemeck, Pflegemutter der späteren RAF-Terroristin Ulrike Meinhof. Zusammen mit bekennenden Kommunisten gründeten sie die DFU. Formell ging es ihnen darum, ein wiedervereinigtes und neutrales Deutschland zu errichten, zur Entspannung zwischen Ost und West und zur internationalen Abrüstung beizutragen.¹⁴ In Wirklichkeit fühlten sie sich dem Kampf ausschließlich gegen die Aufrüstung des Westens, gegen die Notstandsgesetzgebung und für die Anerkennung der DDR verpflichtet. Letzteres brachte ihr im weiteren Verlauf den Beinamen „Anerkennungspartei“ ein.¹⁵ Auch wenn sie sich aus taktischen Gründen mit dem Besetzen repräsentativer öffentlicher Ämter zurück hielten, so hatten die Kommunisten von Anfang an die Oberhand in der DFU. Sie kontrollierten den Apparat und die Wahlkampfleitungen, ihre christlichen und bürgerlichen Mitglieder dienten nur zu Repräsentationszwecken.

Organisiert war die DFU auf vier Ebenen: dem Bundesparteitag, dem Bundesvorstand mit einem drei- bzw. später siebenköpfigen Direktorium als Vorsitz sowie den Landes-, Bezirks- und Ortsverbänden. Sie entzogen sich jeglicher demokratischer Kontrolle, da ihre Mitglieder als Vertreter anderer Organisationen oftmals nicht der DFU angehörten. Renate Riemeck, Lorenz Knorr und Karl Graf von Westphalen bildeten das erste DFU-Direktorium.¹⁶

Zum Grundkonsens der DFU gehörte es, den Antikommunismus als Grundmuster eines bürgerlich-demokratischen Politikverständnisses abzulehnen, die Zusammenarbeit mit Kommunisten als Zeichen antifaschistisch-demokratischer

¹³ Vgl. Heike Amos/Manfred Wilke (Anm. 1), S.54.

¹⁴ Vgl. Axel Minrath, Friedenskampf. Die DKP und ihre Bündnispolitik in der Anti-Nachrüstungs-bewegung, Köln 1986, S. 75f.

¹⁵ Heike Amos/Manfred Wilke (Anm.1), S.53f..

Gesinnung zu suchen und der Wille, die deutsche Frage nicht gegen die Sowjetunion zu lösen. Außen- und sicherheitspolitisch sprach sie sich für die Anerkennung der Grenzen in Europa, für einseitige Abrüstung, für einen Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und somit gegen die Westintegration aus. Stattdessen sollten Verhandlungen im Sinne von DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl über eine deutsch-deutsche Konföderation mit dem Ziel einer Wiedervereinigung aufgenommen werden.¹⁷ Innenpolitisch wandte sie sich gegen die am 30. Mai 1968 vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Notstandsgesetze mit ihrer Einschränkung von Grundrechten im Spannungsfall, gegen die „Berufsverbote“, gegen den „Neonazismus“ und den Antikommunismus.¹⁸ Vor allem die von England her inspirierte Ostermarschbewegung der Atomwaffengegner und die später aus ihr hervorgegangene Kampagne für Abrüstung (KfA) versuchte die DFU in den 1960er Jahren für ihre Interessen, insbesondere für ihre Anerkennungspolitik gegenüber der DDR, zu instrumentalisieren. Sie hielt sich dabei mit genuin kommunistischen Forderungen zurück und vermied jegliche revolutionäre Rhetorik, um den Eindruck eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses aus Christen, Sozialisten, Konservativen und Liberalen in der Öffentlichkeit nicht zu gefährden. Trotz aller Bemühungen gelang es der DFU jedoch nicht, in signifikantem Maße bürgerliche Kräfte an sich zu binden. Ebenso wie der BdD scheiterte sie als breite Sammlungsbewegung – ihre Mitgliederzahlen gingen von 12.000 in den 1960er Jahren auf etwa 1.000 Aktivisten in den 1980er Jahren zurück¹⁹ - und blieb politisch eine fast wirkungslose Minderheit.²⁰

Mehr noch als als Sammlungsbewegung versagte die DFU als parlamentarische Partei. Zwar ließ sie ihren Wahlkampf durch Klaus Rainer Röhl organisieren, dem Chefredakteur des von der SED finanzierten und ideologisch angeleiteten Hamburger Studentenmagazins *Konkret*. So gründete dieser mit Geldern aus Ost-Berlin eigens für den Wahlkampf eine Werbeagentur und ließ fünf Millionen DFU-Flugblätter drucken. Dennoch erreichte sie vor dem Hintergrund des

¹⁶ Vgl. Rolf Schönfeldt, Deutsche Friedens-Union, in: Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945 – 1980, Sonderausgabe Band 2: CSU bis DSU, hrsg. v. Richard Stöss, Opladen 1986, S. 848 – 876, S. 869f.

¹⁷ Vgl. Michael Ludwig Müller, Die DDR war immer dabei. SED, Stasi & Co. Und ihr Einfluss auf die Bundesrepublik, München 2010, S. 79.

¹⁸ Vgl. Lorenz Knorr, Kleines Lexikon Rüstung, Abrüstung, Frieden, zweite, durchgesehene und erweiterte Auflage, Köln 1982. Karl A. Otto, APO. Die außerparlamentarische Opposition in Quellen und Dokumenten (1960-1970), Köln 1989, S. 289ff.

¹⁹ Vgl. Heike Amos/Manfred Wilke Anm. 1), S.55.

Berliner Mauerbaus bei den Bundestagswahlen 1961 nur 1,9 Prozent der Stimmen.²¹ Trotz verdeckter Finanzierung mit SED-Geldern – 1973 erhielt die DFU 3,3 Millionen D-Mark aus Ost-Berlin, 1989 sah der Haushaltsplan des ZK der SED noch 3,1 Millionen D-Mark vor²² - blieben auch in den folgenden Jahren die Erfolge aus. Verantwortlich hierfür war vor allem ihr allzu offensichtlicher kommunistischer Hintergrund. So sollen bei den Bundestagswahlen 1965 mehr als die Hälfte der 393 DFU-Kandidaten frühere Mitglieder der illegalen KPD gewesen sein, zudem forderte die verbotene KPD aus der DDR zur Wahl der DFU auf. Ein weiteres Absinken des Stimmenanteils auf 1,3 Prozent der abgegebenen Stimmen konnte daher nicht mehr überraschen.²³

Mit der Neugründung einer kommunistischen Partei namens Deutsche Kommunistische Partei (DKP) in Westdeutschland änderte sich die Situation für die DFU grundlegend. Sie brauchte nun nicht mehr länger als der nach außen getarnte alleinige parteipolitische Vertreter kommunistischer Interessen in der Bundesrepublik fungieren. Ganz im Sinne des kommunistischen Kaderegehorsams stellte die DFU ihre Kandidatur für parlamentarische Wahlen in der Bundesrepublik nahezu vollständig zugunsten der DKP ein, um eine unnötige Konkurrenz im eigenen Lager zu vermeiden. Stattdessen unterstützte sie 1969 die DKP bei der Organisation des Wahlbündnisses Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF).²⁴ Allein zur Wahrung ihres Parteienstatus trat sie nach 1976 wieder auf Landesebene zu Wahlen an. Im Mai 1984 verzichtete sie endgültig darauf und firmierte ausschließlich als „Politische Vereinigung“.²⁵

²⁰ Vgl. Gallus (Anm. 11), S. 280 und 285. Auffallend ist bei dieser Auflistung, dass die Teilnahme von Kommunisten an diesem Bündnis nicht einmal im Programm der DFU aufgeführt wurde.

²¹ Vgl. Michael Ludwig Müller, Die DDR war immer dabei. SED, Stasi & Co. Und ihr Einfluss auf die Bundesrepublik, München 2010, S. 79. Bei Wahlen blieb die DFU eine Ein-Prozent-Partei. Nur im kleinsten Bundesland Bremen konnte sie 1963 2,7 Prozent und 1967 sogar 4,2 Prozent der Wählerstimmen erreichen.

²² Vgl. Heike Amos/Manfred Wilke (Anm. 1), S.55.

²³ Vgl. Dirk Mellies, Trojanische Pferde der DDR? Das neutralistisch-pazifistische Netzwerk der früheren Bundesrepublik und die Deutsche Volkszeitung 1953 – 1973, Frankfurt a. M. 2007, S. 55.

²⁴ Vgl. Backes/Jesse (Anm. 11), S. 154..

²⁵ Vgl. Friedemann Bedürftig, Taschenlexikon Deutschland nach 1945, München 1998, S. 107. Heinrich Oberreuter/Uwe Kranenpohl/Günter Olzog/Hans-J. Liese, Die politischen Parteien in Deutschland. Geschichte – Programmatik – Organisationen – Personen – Finanzierung, 26. aktualisierte Auflage, München 2000, S. 230.

3.3. Die Deutsche Kommunistische Partei

Parallel zu den Aktivitäten der DFU suchten die SED und die verbotene westdeutsche KPD nach neuen Wegen für eine Wiedezulassung der alten KPD in der Bundesrepublik. Ende 1966 trat zu diesem Zweck in Düsseldorf ein fünfköpfiger „Initiativausschuß für die Wiedezulassung“ der KPD an die Öffentlichkeit. Innerhalb kürzester Zeit entwickelte er sich zu einer offen kommunistischen Parteiorganisation, so dass seine weiteren Aktivitäten von der Bundes- bzw. den Länderregierungen untersagt wurden. Da nach diesen Erfahrungen der Weg einer Wiedezulassung der KPD in ihrer alten Form endgültig für die SED als nicht mehr gangbar erschien, galt von nun an die Neugründung einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik als Ziel, um die originär kommunistischen Interessen auch wieder legal wahrnehmen zu können.

Zugute kam den Kommunisten die seit Anfang der 1960er Jahre einsetzende Entspannungspolitik zwischen West und Ost. Neben Schritten zur Rüstungskontrolle wie dem Atomteststoppabkommen von 1963 zur Beendigung von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre und dem Atomwaffensperrvertrag zum Verbot der Weiterverbreitung von Nuklearwaffenmaterial an Nichtnuklearstaaten aus dem Jahre 1968, entwickelten sich erste Ansätze zur ökonomischen Kooperation zwischen den Blöcken. Die USA und die Sowjetunion begannen sich als gleichberechtigte Partner zu akzeptieren und die Phase der Konfrontation durch die Suche nach Wegen zur Kooperation abzulösen.²⁶ Im Zuge dieser Entwicklung erschien auch in den westlichen Demokratien das Verbot einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik als ein nicht mehr aufrechtzuerhaltender Anachronismus, als ein Relikt aus den Zeiten des Kalten Krieges. Zwangsläufig fanden die sich im Wandel befindlichen außenpolitischen Rahmenbedingungen ihren Niederschlag in der innenpolitischen Entwicklung der Bundesrepublik. 1966 löste eine Große Koalition aus Christlich Demokratischer Union (CDU), Christlich Sozialer Union (CSU) und Sozialdemokratischer Partei Deutschlands (SPD) die Koalitionsregierung aus CDU/CSU und Freier Demokratischer Partei (FDP) ab. Die Notwendigkeit einer Einschränkung des politischen Strafrechts, vor allem eine den

²⁶ Vgl. Wilfried von Bredow, Der KSZE-Prozeß und die beiden deutschen Staaten, in: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, 13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, Acht Bände in 14 Teilbänden, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band VIII,1: Das geteilte Deutschland im geteilten Europa, Baden-Baden 1999, S. 944 – 996, S. 952.

Umgang mit Kommunisten betreffende Aufhebung der Kontakt- und Meinungsdelikte wurde seitdem kaum noch ernsthaft bestritten.²⁷

Die indirekten Verhandlungen von SED und SPD über die Kommunistische Partei Italiens (KPI) zu Fragen der Relegalisierung einer kommunistischen Interessenvertretung in der Bundesrepublik mündeten vor dem Hintergrund dieser Entwicklung im Juli 1968 in direkte Gespräche zwischen dem damaligen Bundesjustizminister Heinemann und seinem Staatssekretär Horst Ehmke mit dem kommunistischen Funktionär Max Schäfer als Vertreter des noch in Ost-Berlin residierenden Vorsitzenden der illegalen KPD, Max Reimann. Dabei ließ Heinemann die Möglichkeit der Neugründung einer kommunistischen Partei erkennen, wenn sich diese an den Artikel 21 des Grundgesetzes hielte. Explizit bedeutete dieses, dass eine neu gegründete kommunistische Partei ihren Aufbau von unten organisieren, ferner auf alle Ansätze zur Beseitigung der bundesrepublikanischen Staats- und Verfassungsordnung im Parteiprogramm verzichten müsse und zu freien und geheimen Parteiwahlen verpflichtet wäre. Daran anschließende Konsultationen zwischen der KPD-Spitze mit der Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) in Moskau führten im September 1968 zur Einrichtung eines „Ausschusses zur Konstituierung der DKP [Deutsche Kommunistische Partei, d. Verf.]“. Vom „linken und liberalen demokratischen Lager gewollt, vom bürgerlichen Lager geduldet“, ging schließlich aus ihm eine neue kommunistische Partei, die DKP, hervor und konnte sich, mit allen Rechten und Pflichten des Grundgesetzes ausgestattet, neu etablieren.²⁸ Ihr Führungspersonal rekrutierte sie überwiegend aus ehemaligen KPD-Funktionären, die zwischenzeitlich von der bundesrepublikanischen Justiz straffrei gestellt worden waren und somit wieder legal aus der DDR in die Bundesrepublik einreisen durften. So kehrten u.a. die vier Politbüro-Mitglieder bzw. Kandidaten des Zentralkomitees (ZK) der verbotenen KPD, Herbert Mies, Max Schäfer, Grete Thiele und Manfred Kapluck, nach Westdeutschland zurück und bildeten mit den ehemaligen ZK-Mitgliedern der illegalen KPD, Josef Schleifstein und Kurt Bachmann als neuen Parteivorsitzenden das als „Arbeitsausschuss“ getarnte Rumpf-Politbüro der DKP. Dieses konnte beim Parteaufbau auf die Reste der illegalen KPD zurückgreifen, von deren beim Verbot etwa 80.000 Anhängern rund 7.000 übrig geblieben waren. Von diesen erklärten sich wiederum 6.000 bereit, der DKP beizutreten. Neben den Altkommunisten der Jahrgänge bis Mitte der 1920er

²⁷ Vgl. Udo Baron (Anm. 7). S. 50f.

Jahre, die bereits vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges der KPD angehörten, sollte die „FDJ-Generation“, d.h. diejenigen, die nach 1925 geboren worden waren und überwiegend in der Freien Deutschen Jugend (FDJ) organisiert waren, die Politik der DKP bis 1990 bestimmen.²⁹

Der Parteaufbau erfolgte nach dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“, d.h. die höheren Organisationsebenen waren gegenüber den nachfolgenden entscheidungs- und weisungsbefugt. Ab 1972 gab sich die DKP zudem die Struktur des DDR-Staatsaufbaus. So genannte Bezirksorganisationen ersetzten die Landesverbände, die in bis zu 250 Kreisorganisationen untergliedert wurden. Die ihr nach geordneten Grundorganisationen organisierten sich als Ortsgruppen, Wohngebietsgruppen oder Stadtteilgruppen bzw. wirkten als so genannte Betriebsgruppen in den Betrieben.³⁰

Programmatisch wagte die DKP den Spagat zwischen den Auflagen des Bundesverfassungsgerichts und den Anforderungen an eine marxistisch-leninistische Partei. Einerseits musste sie in ihrer Programmatik alle Formulierungen vermeiden, die als verfassungsfeindlich hätten ausgelegt und ein erneutes Verbotsverfahren nach sich hätten ziehen können. Andererseits kam sie nicht umhin, allen substantiellen Glaubwürdigkeitsverlusten als kommunistische Partei aus dem Weg zu gehen. Ihr Aufbau musste formal demokratisch und juristisch unanfechtbar sein, ihr Charakter als marxistisch-leninistische Partei durfte dadurch jedoch nicht gefährdet werden. Die Lösung dieses Widerspruchs erfolgte in Form einer „Politik der zwei Sprachen“. Intern einigten sich die westdeutschen Kommunisten auf eine verbindliche interne Sprachregelung: Man verzichtete nach außen auf inkriminierende Reizworte und ersetzte sie durch ideologisch sanktionierte, äquivalente Schlüsselbegriffe. So wurde aus der „Diktatur des Proletariats“ die „Macht der Arbeiterklasse“, die der Stalinisierung in der DDR vorausgegangene „demokratisch-antifaschistische Neuordnung“ wandelte sich in „antimonopolistische Demokratie“.³¹ Die DKP erklärte weder den „demokratischen Zentralismus“ zur Norm ihres Parteilebens noch untersagte sie formell die innerparteiliche Fraktionsbildung. Semantisch taufte man den bei kommunistischen Parteien marxistisch-leninistischer

²⁸ Michael Roik, Die DKP und die demokratischen Parteien 1968-1984, Paderborn 2006, S. 367.

²⁹ Vgl. Rudolf van Hüllen, Was war die DKP? – Eine analytische Skizze, in: Was wurde aus der DKP? Beiträge zur Geschichte und Gegenwart der extremen Linken in Deutschland, hrsg. v. Gerhard Hirscher und Armin Pfahl-Traughber, Brühl/Rheinland 2008, S. 9-47, S. 16.

³⁰ Vgl. ebenda, S. 18f.

³¹ Vgl. ebenda.

Prägung ansonsten üblichen 1. Sekretär in einen Parteivorsitzenden um, das Politbüro in ein Präsidium, das Zentralkomitee in den Parteivorstand, die Parteikontrollkommission in eine Schiedskommission und die „Kaderabteilung“ in „Referat für Organisations- und Personalpolitik“. Personell und inhaltlich gelang es den orthodoxen Kommunisten Ende der 1960er Jahre mit Hilfe dieser sprachlichen Taschenspielertricks, die illegale KPD in eine legale kommunistische Partei namens DKP umzuformen. Mit der Einstellung ihrer Tätigkeit im Mai 1971 war die DKP endgültig zum einzig legitimen Vertreter der orthodoxen Kommunisten in der Bundesrepublik geworden. Über die juristische Konstruktion der `Neukonstituierung´ war es somit zur Relegalisierung einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik gekommen.³² Zur Strategie der DKP gehörte es auch, dass sie die freiheitliche demokratische Grundordnung (FdGO) im Gegensatz zur KPD nicht mehr offen ablehnte, vielmehr versuchte sie, sich zum angeblich überzeugendsten Verteidiger des Grundgesetzes zu stilisieren. Ihre politischen Fernziele änderten sich dadurch aber nicht. In einem ihrer ersten Programmdokumente, den auf einem Parteitag Ende 1971 verabschiedeten „Düsseldorfer Thesen“ wollte die Partei über eine „antimonopolistische Demokratie“ also über eine „demokratisch-antifaschistische Neuordnung“ wie sie 1945 bis 1949 in der sowjetischen Besatzungszone erfolgt ist, den Sozialismus in der Bundesrepublik etablieren.³³

Von Anbeginn an war die DKP keine eigenständige Partei, sondern nur der westdeutsche Interventionsapparat der SED. Angeleitet wurde sie zunächst von der für die politisch-ideologische Steuerung der illegalen KPD zuständigen Abteilung „Arbeitsbüro“ beim ZK der SED. Als der Apparat der KPD 1971 seine Aktivitäten einstellte, wurde sie aufgelöst. Ihre Aufgabe übernahm von da an die Westabteilung beim ZK der SED bzw. ab Mai 1984 deren Nachfolgeorganisation, die Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW). Für die Finanzierung der DKP dagegen war die Abteilung Verkehr beim ZK der SED verantwortlich. Ihr oblag die organisatorische Abwicklung der verdeckten Zahlungen an die westdeutschen Kommunisten ebenso wie die Schleusung von Material und Kadern zwischen den beiden Teilen Deutschlands.³⁴

³² Vgl. Manfred Wilke/Hans-Peter Müller/Marion Brabant, Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte – Organisation – Politik, Köln 1990, S. 71ff.

³³ Vgl. Rudolf van Hüllen (Anm 29), S. 19.

³⁴ Wilhelm Mensing, SED-Hilfe für West-Genossen. Die Arbeit der Abteilung Verkehr beim Zentralkomitee der SED im Spiegel der Überlieferung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (1946-1976), Berlin 2010, S.7.

4. Linksextremistische Bündnis- und Kampagnenpolitik in Westdeutschland

4.1. DKP-Bündnispolitik

Allen Bemühungen der SED zum Trotz blieb auch die DKP bei Wahlen immer nur eine zu vernachlässigende Größe. Von Beginn an verharrten ihre Wahlergebnisse weit unterhalb der Fünfprozenthürde. So erreichte sie bei den Bundestagswahlen 1976 nur 0,5 Prozent der abgegebenen Stimmen, 1980 kam sie gar nur noch auf 0,3 Prozent. Mit 3,1 Prozent der Stimmen erzielte sie bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen am 10. Oktober 1971 ihr bundesweit bestes Ergebnis, im Bundesdurchschnitt lagen ihre Wahlergebnisse aber unter einem Prozent. Dennoch war ihr politischer Einfluss weitaus größer, als es ihren tatsächlichen Wahlanteilen entsprach. Dazu trug ein Geflecht aus zahlreichen Tarn- und Nebenorganisationen entscheidend bei, mit denen sie sich im Rahmen ihrer Bündnis- und Kampagnenpolitik umgab.

Diese zielte zunächst auf Bündnisse mit der SPD und den Gewerkschaften und somit auf eine Aktionseinheit mit allen Organisationen der Arbeiterklasse.³⁵ Zwei Jahre nach Aufnahme ihrer Parteitätigkeit wurde dann „ein demokratisches Bündnis aller antimonopolistischer Kräfte in der BRD“³⁶ angestrebt. In ihrem „Essener Thesenpapier“ aus dem Jahre 1969 konkretisierte die DKP dieses Konzept, in dem sie eine Aktionseinheit von Sozialdemokraten, Kommunisten, christlichen und parteilosen Arbeitern forderte.³⁷ Diese häufig zeitlich und thematisch begrenzten Bündnisse sollten als nicht kommunistisch gelenkt erscheinen, weshalb die DKP auf die Besetzung von Schlüsselpositionen mit eigenem Personal und auf eine zu offensichtliche kommunistische Diktion weitgehend verzichtete.³⁸ Dadurch hoffte sie, ihre politische und gesellschaftliche Einflusssphäre auf ein Niveau zu heben, das sie unter demokratischen Bedingungen niemals hätte erreichen können.³⁹

Um alle Altersgruppen organisatorisch zu erfassen und sie unter Anwendung altersspezifischer Methoden im Sinne der kommunistischen Ideologie zu erziehen,

³⁵ Für jedes DKP-Mitglied war es Pflicht, Mitglied in einer Gewerkschaft zu sein.

³⁶ DKP-Thesenpapier, beschlossen auf dem DKP -Parteitag, Essen 1969, These 35, zitiert nach: Bilstein, Helmut/Binder, Sepp/Elsner, Manfred/Klose, Hans-Ulrich, Organisierter Kommunismus in der Bundesrepublik Deutschland. DKP, SDAJ, MSB Spartakus, KPD, KPD (ML), KBW, zweite Auflage, Opladen 1974, S.34

³⁷ Vgl. ebenda. S. 32

³⁸ Vgl. Udo Baron (Anm. 7), S. 42

³⁹ Vgl. Michael Roik (Anm. 28), S. 99.

gründete sie bereits vor ihrer Konstituierung die Jugendorganisation „Sozialistische Deutsche Arbeiter Jugend“ (SDAJ). 1971 folgte ihre Studentenorganisation, der „Marxistische Studentenbund Spartakus“ (MSB) und 1974 ihre Kinderorganisation „Junge Pioniere“. Obwohl scheinbar unabhängig, waren diese Gruppierungen faktisch personell, organisatorisch und finanziell fest in das Anleitungs- und Kontrollsystem der DKP eingebunden. Hinzu kamen Organisationen wie die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN/BdA), die 1971 gegründete Vereinigung Demokratischer Juristen (VDJ), der Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi), die Demokratische Fraueninitiative (DFI) und die „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsgegner“ (DFG-VK) - letztere ebenso wie die DFU formal unabhängig, aber maßgeblich von der DKP beeinflusst. Mit ihrer Hilfe sollte eine Volksfront zur Durchsetzung der marxistisch-leninistischen Interessen in der Bundesrepublik aufgebaut werden.⁴⁰

Ein ausgeklügeltes Schulungssystem in den diversen Schulungseinrichtungen der DKP wie beispielsweise in der Karl-Liebknecht-Schule in Leverkusen ergänzte die Bündnisarbeit des aufgeblähten hauptamtlichen Parteiapparates und begleitete das Vorgehen der Parteiaktivisten inhaltlich und didaktisch. Zugleich hatte die Partei einen Propagandaapparat aufgebaut, der Mitte der 1970er Jahre direkt oder indirekt allein während eines Jahrgangs über 1.420 periodische Schriften von orthodox-kommunistischen Gruppen oder ihnen nahe stehenden Organisationen herausgab. Diese Publikationen erreichten eine Gesamtjahresauflage von 41 Millionen Exemplaren.⁴¹

4.2. DKP-Kampagnenpolitik

Spätestens ab Mitte der 1970er Jahre war die parlamentarische Bedeutungslosigkeit der DKP offensichtlich. Zugleich gewann damit die Kampagne als strategisches Instrumentarium für die Partei zunehmend an Bedeutung. Oberste Aufgabe der DKP-Kampagnenpolitik war es, den vermeintlichen Antikommunismus in der Bundesrepublik in einen Anti-Antikommunismus umzuwandeln, um die westdeutsche Öffentlichkeit für die Interessen von KPdSU und SED zu instrumentalisieren. Großangelegte Kampagnen gegen die „Berufsverbote“, die Notstandsgesetzgebung

⁴⁰ Vgl. Udo Baron (Anm.7), S. 100. Vor allem Führungsämter wurden weitgehend in Personalunion bei der DKP und der jeweiligen Nebenorganisation ausgeübt

⁴¹ Vgl. Michael Roik (Anm. 28), S. 101f.

oder die Kanzlerkandidatur des CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß dienten ebenso diesem Ziel wie der Versuch, sich durch Aktionen beispielsweise gegen Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Personennahverkehr oder Mieterhöhungen auch kommunal zu verankern.⁴²

Mit den Rüstungskontrollabkommen SALT I zur Begrenzung der strategischen Atomwaffen zwischen den USA und der Sowjetunion 1972 und dem Beginn der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) im Rahmen der Entspannungspolitik zwischen den sozialistischen Staaten, den Neutralen und den Nato-Mitgliedsstaaten, rückte der „Friedenskampf“ als Kampagnenthema in den Fokus. Der Kampf gegen die westliche Außen- und Sicherheitspolitik und für die sowjetische Interpretation der Entspannungspolitik sollte vor allem nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte am 1. August 1975 in Helsinki, die eine europäische Friedensordnung auf der Basis des Status quo zwischen den Weltmächten vorsah, zum zentralen Kampagnenthema der DKP und ihrer Bündnisorganisationen in der Bundesrepublik avancieren. Ausgestattet mit verdeckten jährlichen Finanzspritzen zwischen 60 und 70 Millionen DM aus den Devisentöpfen der SED sollte die DKP in einer Art Arbeitsteilung mit der DFU die dafür benötigten Bündnisse schmieden.

Als Folge dieser Entwicklung wurde am 7. Dezember 1974 in Bonn-Bad Godesberg das „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KOFAZ) als neue kommunistische Tarnorganisation für den „Friedenskampf“ aus der Taufe gehoben. Das KOFAZ verstand sich formell als ein überparteiliches Personenbündnis zur Koordinierung der Aktivitäten der westdeutschen Friedensbewegung mit dem Ziel, sich für die Beendigung des Wettrüstens und die Verwirklichung der KSZE-Schlussakte einzusetzen. Ein zunächst aus elf Personen gebildetes und demokratisch nicht legitimierte Büro traf die Entscheidungen und kontrollierte die Finanzen. Die Mehrzahl ihrer Mitglieder gehörte zu den „abonnierten“ Friedensaktivisten aus dem Umfeld westdeutscher Kommunisten.⁴³ Organisatorisch und finanziell profitierte das KOFAZ von der „brüderlichen“ Hilfe SED- bzw. DKP-naher Wirtschaftsunternehmen in der Westdeutschland wie der Druckerei Plambeck

⁴² Vgl. Wilhelm Mensing, Zur Kulturpolitik der DKP, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“, B 10/83, S. 37-46.

⁴³ Hierbei handelte es sich um Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wie Pastor Martin Niemöller, dem heutigen SPD-Bundestagsabgeordneten Christopf Strässer, das DFU-Vorstandsmitglied Horst Trapp oder die spätere Präsidentschaftskandidatin der SED-Nachfolgepartei Partei des

& Co, dem Pläne Konzertbüro oder dem Pahl-Rugenstein-Verlag in Köln, wo auch der Sitz seines Büros war.⁴⁴ Aufgrund ihres allzu offensichtlichen kommunistischen Hintergrundes gelang es dem KOFAZ jedoch nicht, die westdeutsche Bevölkerung im ausreichenden Maße für den „Friedenskampf“ zu mobilisieren.

Die Situation änderte sich schlagartig, als die NATO am 12. Dezember 1979 ihren Doppelbeschluss fasste. Er sah die Stationierung amerikanischer atomarer Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II und Cruise Missiles in der Bundesrepublik und Westeuropa als Reaktion auf die sowjetische Vorrüstung mit SS-20-Mittelstreckenraketen vor, wenn Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion zu keinem Erfolg führen sollten. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung erlebte die westdeutsche Friedensbewegung eine ungeahnte Renaissance; für die DKP und ihre Verbündeten ergaben sich plötzlich kaum mehr erhoffte Möglichkeiten zur Reaktivierung ihres „Friedenskampfes“.

Um die neu entstandene Situation effizient zu nutzen bedurfte es aber neuer Bündnisse. Im Rahmen enger Konsultationen entwickelten das zum sowjetisch gelenkten „Weltfriedensrat“ (WFR) gehörende nationale staatliche Friedenskomitee der DDR, der Friedensrat der DDR (DFR), und die DFU bereits im Vorfeld der Nato-Entscheidung einen Maßnahmenkatalog zur Mobilisierung der westdeutschen Öffentlichkeit. In enger Abstimmung zwischen Moskau und Ost-Berlin erhielt die DKP die Order, dass die DFU in Kooperation mit dem KOFAZ die Voraussetzungen für ein neues, gesellschaftlich breit gestreutes Personenbündnis schaffen sollte.⁴⁵

Als Konsequenz aus ihren Gesprächen mit dem DFR verabschiedete die DFU auf der Sitzung ihres Bundesvorstandes am 13. September 1980 in Köln einen Appell unter der Überschrift „Der Atomtod bedroht uns alle – Ein Aufruf zum Gespräch“. Er enthielt bereits die strategische Zielsetzung, ein umfassendes Personenbündnis für den Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss ins Leben zu rufen. Um in der Öffentlichkeit den Eindruck eines unabhängigen Aufrufes zu erwecken, wurde er kurz darauf, nahezu sprachlich und inhaltlich unverändert, als spontaner Appell einer Gruppe von Persönlichkeiten, bestehend aus Pastor Martin Niemöller, Professor Helmut Ridder, dem damaligen FDP-Präsidiumsmitglied Christoph Strässer, dem

demokratischen Sozialismus (PDS), Uta Ranke-Heinemann. Sie standen jederzeit als Aushängeschilder für Kampagnen mit kommunistischem Hintergrund zur Verfügung.

⁴⁴ Vgl. Heike Amos/Manfred Wilke (Anm 1), S.63ff. Die Hauptarbeit des KOFAZ wurde von dem beim Pahl-Rugenstein-Verlag beschäftigten stellvertretenden Verlagsleiter Gunnar Matthiesen und dem bei demselben Verlag beschäftigten Achim Maske geleistet.

⁴⁵ Vgl. Udo Baron (Anm. 7), S. 66ff.

Schriftsteller Gösta von Uexküll und dem DFU-Direktoriumsmitglied Josef Weber, publiziert.⁴⁶

Auf dieser Basis wurde schließlich am 15. November 1980 im Krefelder Seidenweberhaus im Rahmen des „1. Krefelder Forums“ die „Krefelder Initiative“ (KI) gegründet und der als Minimalkonsens bezeichnete gemeinsame Nenner (angeblich) aller Teilnehmer verkündet.⁴⁷ Das „Krefelder Forum“ wählte Josef Weber zum Sprecher der KI. Von da an fungierte er bis zu seinem Tode 1984 als ihr Geschäftsführer und avancierte zur Schlüsselfigur im kommunistischen „Friedenskampf“ auf westdeutschem Boden. Die Unterschriftenlisten für den „Krefelder Appell“ wie auch die anderen Aufrufe der KI liefen über sein Büro. Als Anlaufadresse für alle Aktivitäten diente die Anschrift Webers in den Kölner Räumlichkeiten der Bundesgeschäftsstelle der DFU.⁴⁸ Spenden und alle anderen finanziellen Angelegenheiten wurden über ein auf seinen Namen laufendes Konto abgewickelt.⁴⁹ Weber – und über ihn die DKP und die SED - hatte somit nicht nur den unmittelbaren Zugriff auf die Arbeitsabläufe der KI, sondern auch auf deren Finanzen und kontrollierte dadurch ihre Schlüsselbereiche.⁵⁰

Im Gegensatz zu früheren Personenbündnissen gelang es den orthodoxen Kommunisten mit der damaligen Bundesvorsitzenden der Grünen, Petra Kelly, und dem früheren Bundeswehrgeneral Gert Bastian auch Persönlichkeiten für ihre Bündnispolitik zu gewinnen, die nicht im Verdacht standen, dem kommunistischen Spektrum oder seinem Sympathisantenkreis anzugehören. Dadurch übernahmen sie nicht nur eine Brückenfunktion zwischen Kommunisten auf der einen und der Ökologiebewegung, den Grünen und dem bürgerlich-konservativen Milieu der Bundesrepublik auf der anderen Seite. Mit Hilfe der KI und des von ihr vorgelegten „Krefelder Appells“ versuchten SED und DKP die Friedensbewegung auf den von ihr formulierten Minimalkonsens festzulegen, der sich ausschließlich gegen die

⁴⁶ Vgl. Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 10/1978, S. 1278f. Auch hier treten wieder die „abonnierten“ Friedensaktivisten auf die Bühne, die weitgehend mit dem KOFAZ identisch sind.

⁴⁷ Vgl. Gemeinsames Kommuniqué der Delegation der Deutschen Friedens-Union und des Sowjetischen Komitees zum Schutze des Friedens, Presse-Dienst der DFU, Nr.8/80 vom 5. Februar 1980 . Meldung der progress-presse-agentur (ppa) vom 4. Februar 1980.

⁴⁸ Vgl. „Krefelder Appell an die Bundesregierung“ der „Krefelder Initiative“, Archiv Grünes Gedächtnis, Best. B. II 1, Akte Nr. 1756. „Hiroshima mahnt – Stoppt den Rüstungswahnsinn“. Aufruf der Krefelder Initiative, Archiv Grünes Gedächtnis – Petra-Kelly-Archiv -, Akte Nr. 321.

⁴⁹ Vgl. Aufforderung an alle Abgeordneten des Bundestages, HASTK, Best. 1415, Nr. 307. Die Spendenkonten der „Krefelder Initiative“ wurden in erster Linie auf den Namen Josef Weber , Stichwort „Krefelder Appell“ und nicht unter der Organisation „Krefelder Initiative“ geführt

⁵⁰ Vgl. Schreiben Webers zum „Krefelder Forum“ vom 2. Dezember 1980, HASTK, Best. 1415, Nr. 649.

westlichen Atomraketen richtete. Ohne dass ihre Kader nach außen hin unmittelbar erkennbar waren, hatten die Marxisten-Leninisten mit dieser Initiative den Grundstein gelegt, um die westdeutsche Friedensbewegung nachhaltig in ihrem Sinne zu beeinflussen. Erst mit der Entscheidung des Deutschen Bundestages zur Stationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen zerbrach Ende 1983/Anfang 1984 der Minimalkonsens mit der Folge, dass der Einfluss der DKP und ihrer Verbündeten merklich nachließ.⁵¹

All ihren Bemühungen zum Trotz war der „Friedenskampf“ der orthodoxen Kommunisten mit dem Scheitern der Auseinandersetzung um die NATO-Nachrüstung praktisch beendet. Personenbündnisse wie sie die KI am auffälligsten verkörperte hatten keine Chance mehr, entscheidenden Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik zu nehmen. Zwar organisierten die DKP und ihr Umfeld 1984 mit der „Friedensliste“ ein neues Wahlbündnis.⁵² Es spielte aber weder bei Wahlen noch in der politischen Auseinandersetzung der Bundesrepublik eine gewichtige Rolle. Bereits ihre personelle Zusammensetzung ließ erkennen, dass dieses „Personenbündnis Friedensliste“⁵³ ein Zusammenschluss so genannter „abonnierter Unterzeichner“ war, wie sie seit den 1970er Jahren zu genüge auf den Unterschriftenlisten der DKP und ihrer Tarnorganisationen zu finden waren.⁵⁴

Das Fallbeispiel KI belegt, dass sich die DKP aufgrund ihrer organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten im Verlauf der Auseinandersetzung um den Nato-Doppelbeschluss für die Friedensbewegung zu einem unentbehrlichen Faktor entwickelt hatte. So stellten Mitglieder der DKP oder ihrer Hilfsorganisationen beispielsweise die Kassenwarte und Protokollanten vieler Friedensinitiativen. Dadurch verfügten Linksextremisten nicht nur über die inhaltliche, sondern auch über die finanzielle Kontrolle vieler nichtkommunistischer Friedensgruppierungen. Darüber

⁵¹ Information des DFR zur Entwicklung der Massenbewegung für Abrüstung und Entspannung aus dem Jahre 1980, SAPMO-BArch, DZ 9 450.2355.

⁵² Wahlaufuf „Frieden wählen!“ der Friedensliste, o. D., HASTK, Best. 1415, Nr. 579.

⁵³ Brief Brolliks und Mannhardts an das KOFAZ vom 18. Juli 1988, HASTK, Best. 1415, Nr. 579.

⁵⁴ Siehe HASTK, Best. 1415, Nr. 579. Zu den Unterzeichnern dieses Wahlaufufes gehörten neben den Krefelder Initiatoren Begemann und Demirkan auch die KOFAZ-Mitglieder Feid und Huffschmid, das Weltfriedensratsmitglied Krysmanski sowie die „abonnierten Unterzeichner“ wie der Schauspieler Ernst F. Fürbringer, der Kabarettist Dietrich Kittner oder der Liedermacher Hannes Wader. Geschickt verstanden es die Initiatoren, die Beziehungen ihrer Mitglieder zur DKP und ihren Hilfstruppen zu verschleiern. Bis auf die stellvertretende DKP-Vorsitzende Ellen Weber wurden alle der DKP zugehörigen bzw. ihr nahestehenden Mitglieder wie der Bremer Architekt Klaus Hübotter, der evangelische Pfarrer Günter Sanders von der Bremer Zionsgemeinde oder die bekannten kommunistischen Friedensaktivisten Jörg Huffschmid, Dietrich Kittner und Hannes Wader allein unter ihrer Berufsbezeichnung und nicht über ihre Parteizugehörigkeit aufgeführt.

hinaus erreichten sie aufgrund ihres „selbstlosen“ Engagements eine hohe Akzeptanz auch bei ansonsten gegenüber Kommunisten eher kritisch eingestellten Akteuren der Friedensbewegung. Dadurch gewann der orthodoxe Linksextremismus weit über seinen eigentlich zahlenmäßigen Anteil hinaus an Einfluss auf die westdeutsche Friedensbewegung.⁵⁵ Dennoch sollte die marxistisch-leninistische Bündnis- und Kampagnenpolitik im Allgemeinen und im „Friedenskampf“ im Besonderen nicht überschätzt werden. Es gilt vielmehr, die Pläne von SED und DKP mit der Realität abzugleichen, um Schein und Wirklichkeit voneinander zu trennen. Zwar hatten die DKP und ihre Verbündeten alles versucht, um die Friedensbewegung in einen monolithischen Block gegen den Westen und seine Außen- und Sicherheitspolitik zu verwandeln. Die Politik der damaligen Bundesregierungen und die Heterogenität der außerparlamentarischen Bewegungen verhinderten, dass die linksextremistischen Vorstellungen Realität werden konnten. Zurück blieben die bis heute spürbaren Nachwirkungen in den Köpfen der Menschen. Geschickt hatten die Marxisten-Leninisten die in weiten Teilen der bundesrepublikanischen Bevölkerung vorhandenen Feindbilder, Grundstimmungen und Ressentiments aufgegriffen und popularisiert. So förderten sie den Anti-Amerikanismus, halfen mit, den Antinationalsozialismus zu etablieren und setzten die Bundesrepublik dem permanenten Faschismusverdacht aus, um dadurch den antitotalitären Konsens zu sprengen und den demokratischen Antikommunismus in einen Anti-Antikommunismus zu verwandeln. Hierin liegt der eigentliche Erfolg der Bündnis- und Kampagnenpolitik von DKP und SED und somit des orthodoxen Linksextremismus nach dem KPD-Verbot.

5. Ausblick

Der Zusammenbruch der kommunistischen Macht- und Herrschaftsapparate in den mittel- und osteuropäischen Ländern 1989/90 stürzte vor allem den von ihnen ideologisch und materiell abhängigen orthodoxen Linksextremismus marxistisch-leninistischer Prägung weltweit in eine existenzielle Krise. Ohne die früheren Gelder aus Ost-Berlin fehlte ihm von nun an auch im vereinten Deutschland der materielle Rückhalt, um nachhaltig und entscheidend Einfluss auf die Entwicklung der Bundesrepublik nehmen zu können. Sein praktisches Scheitern bedeutete aber

⁵⁵ Vgl. U. Baron (Anm. 7), S. 107.

weder sein zwangsläufiges Ende als Idee noch den Verzicht auf einen erneuten Anlauf zu einer sozialistischen Gesellschaft. So wurde weder die marxistisch-leninistische Ideologie gesellschaftlich geächtet, noch löste sich die führende Partei der DDR, die SED, im Zuge der friedlichen Revolution auf. Sie änderte vielmehr ihren Namen in Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), aus der nach weiteren Umbenennungen schließlich Mitte 2007 die Partei Die Linke hervor ging. Zahlreiche ehemalige Mitglieder des orthodoxen westdeutschen Linksextremismus fanden seitdem in dieser Partei eine neue Heimat. So sitzt beispielsweise der frühere Vorsitzende der SDAJ, Wolfgang Gehrke, mit Unterbrechungen seit 1998 für die PDS bzw. Die Linke im Deutschen Bundestag. In Niedersachsen stellen mit Manfred Sohn und Hans-Henning Adler zwei ehemalige DKP-Funktionäre den Landesvorsitzenden der Partei Die Linke und ihren Fraktionsvorsitzenden im niedersächsischen Landtag.

Nicht nur die gewendete SED, auch die DKP überdauerte die Zeitenwende 1989/90. Zwar stürzte sie der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland in eine tiefe Identitäts- und Orientierungskrise. Schließlich musste sie nicht nur auf die ideologische Anleitung durch die SED verzichten, sondern auch auf ihre Gelder. Die Entlassung ihres hauptamtlichen Apparates, die Schließung zahlreicher Parteieinrichtungen und -unternehmen und ein Rückgang der Mitgliederzahlen von ca. 40.000 Mitgliedern in den 1980er Jahren auf gegenwärtig weniger als 4.000 Parteiangehörige waren die Folge. Auch einige ihrer Vorfeldorganisationen wie die DFU oder das KOFAZ mussten zu Beginn der 1990er Jahre aufgelöst werden. Dennoch konnte sie Teile ihres Ideologieapparates wie die „Marx-Engels-Stiftung e.V.“ in Wuppertal, den Verein „Wissenschaft und Sozialismus“ in Frankfurt am Main und in München das „Institut für sozialökologische Wirtschaftsforschung e.V.“ (isw)) ebenso erhalten wie ihr Zentralorgan *Unsere Zeit* (UZ), die nunmehr wöchentlich statt täglich erscheint. In ihrem im April 2006 beschlossenen Parteiprogramm hält sie an den alten Ideologien und Zielsetzungen fest. Auch weiterhin versucht sie mit Hilfe ihrer Bündnis- und Kampagnenpolitik Einfluss auf nichtkommunistische Bewegungen zu nehmen. So unterstützt sie neben der Friedensbewegung die Arbeit von Attac, der bedeutendsten Antiglobalisierungsbewegung, mit dem Ziel, sie in eine revolutionäre antikapitalistische Bewegung zu verändern.⁵⁶ Ironie der Geschichte: Was ihr mit all den Geldern aus Ost-Berlin nie gelang, erreichte die DKP mit Hilfe der Partei Die

⁵⁶ Vgl. Udo Baron, Die Bündnis- und Kampagnenpolitik der DKP, in: Was wurde aus der DKP? Beiträge zur Geschichte und Gegenwart der extremen Linken in Deutschland, hrsg. v. Gerhard Hirscher und Armin Pfahl-Traughber, Brühl/Rheinland 2008, S. 48-65, S. 62.

Linke Anfang 2008 bei den Wahlen zum niedersächsischen Landtag. Über die offenen Listen der Linkspartei zog mit Christel Wegner erstmalig ein aktives DKP-Mitglied in ein westdeutsches Parlament ein.

Der westdeutsche Linksextremismus nach dem KPD-Verbot präsentierte sich nicht nur in einer marxistisch-leninistischen Ausprägung. Er hatte und hat viele Gesichter – grob verallgemeinert ein trotzkistisches und maoistisches wie es die K-Gruppen der 1970er Jahre repräsentierten, ein anarchistisches wie es die Autonomen bis heute verkörpern oder, in seiner extremsten Variante, ein terroristisches à la Rote Armee Fraktion (RAF). Dennoch war zwischen 1956 und 1990 seine orthodoxe Variante in Gestalt der DKP und ihrer Vorfeld- und Nebenorganisationen aufgrund der materiellen und ideologischen Unterstützung durch die SED die einflussreichste und effektivste. Auch wenn der Linksextremismus marxistisch-leninistischer Prägung seine revolutionären Ziele bis heute nicht annähernd erreichen konnte, so wirken die Werte und Bilder wie z. B. der Antiamerikanismus, die sie mit ihrer Agitation und Propaganda geprägt haben, nach. Sie strahlen über ihre eigene Klientel nicht nur auf den sonstigen Linksextremismus aus, sondern wirken teilweise bis weit ins bürgerliche Spektrum hinein und sind auch dort reflexartig abrufbar. Darin liegt der nachhaltige Erfolg des Linksextremismus orthodoxer Prägung.